

SPD-Haushaltsrede 05. 05. 2010

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Augustin,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
verehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,
werte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung,
verehrte Vertreter der Presse:

Getreu dem Motto des französischen Staatsmannes Talleyrand, der da sagte: Geldmangel ist ein Segen. Niemand vermag zu sagen, wie viele politische Dummheiten durch Mangel an Geld schon verhindert worden sind“, werden wir in Durmersheim in diesem Haushaltsjahr nicht eben viele Dummheiten machen können.

Was sich bereits bei der Aufstellung des Haushaltes 2009 an wirtschafts- und finanzpolitischen Grausamkeiten im Gefolge der Banken und Finanzkrise abzeichnete, es trat ein, das Jahr 2009 war geprägt durch die Reaktion des Produktionssektors und der Arbeitsmärkte nach dem Motto „und aus der Dunkelheit eine Stimme sprach zu mir: Lächle und sei froh, es könnte schlimmer kommen! ...und ich lächelte und war froh und es kam schlimmer“ .

Wir stehen – und da sind wir uns alle einig – in Durmersheim und Würmersheim vor extrem schwierigen Zeiten.

Die Bundesregierung hat unser Land in beängstigender Rekordzeit in ein Regierungschao geführt, die akute bzw. aktuelle Euro-Krise verstärkt das Chaos nur noch.

Viele Städte und Gemeinden – auch im Musterlände Baden-Württemberg – befinden sich in echten Notlagen, wie sich tagtäglich den Zeitungen entnehmen lässt: Während die Städte und Gemeinden 2009 einen Ausfall von 4,5 Milliarden EURO zu verkraften hatten, erwarten die Spitzenverbände für diese Jahr gar ein Rekorddefizit von 12 (!) Milliarden EURO.

Wichtige Leistungen der Kommunen bei Bildung, Integration, Verkehr und Kultur stehen auf dem Spiel. Immer mehr Kommunen streichen Investitionen in Schulen oder Verkehrswege, Kindergärten erhöhen die Gebühren; es gibt geschlossene Schwimmbäder (Malsch) und Theater (Gaggenau). Man sieht: Es schlägt nicht weit weg von uns ein!

Wir sollen Krippenplätze schaffen, mehr für die Bildung aufwenden, uns auf die alternde Gesellschaft einstellen, durch Investitionen das örtliche Handwerk stärken, Straßen sanieren, Abwasser beseitigen und, und, und: Pflichtaufgaben, die uns als Kommunen von Bund und Ländern als Pflichtaufgaben aufgedrückt werden, während man dort munter weiter den Bürgerinnen und Bürgern Leistungen verspricht, die Finanzierung aber offen lässt.

Beispiel Kinderbetreuung und Horte: Der Bundesregierung fehlt jegliches Konzept, wie der beschlossene Ausbau abzusichern ist. So ist generell angesichts der aktuellen Finanzlage schon der aktuelle Bestand nicht mehr gesichert. Ab 2013 haben Eltern einen Anspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem 1. Lebensjahr – grundsätzlich ein Beschluss in die richtige Richtung.

Diese Plätze müssen aber gesichert werden. Lässt der Bund die Kommunen auch hier im Regen stehen, kommt auf die Kommunen angesichts ihrer desaströsen Finanzlage eine Klagewelle zu.

Beispiel Schulsozialarbeit: Auch hier lässt das Land die Kommunen zum Beispiel mit der notwendigen zusätzlichen Schulsozialarbeit – eine ureigentliche Landesaufgabe – hängen und will sich hier aus der Finanzierung ganz zurückziehen. Das ist für uns nicht akzeptabel!

Die Gefahr eines Kollapses der Kommunen ist sehr konkret. Die Bundesregierung verschlimmert die Lage dazu noch mit ihrer Klientelpolitik und den diesen gewährten Steuerprivilegien.

Die Schere zwischen weg brechenden Einnahmen und in die Höhe schnellenden Ausgaben wird sich ohne drastischen Politikwechsel bei Bund, Land und Landkreis weiter öffnen.

Dringend erforderlich ist ein kommunales Antikrisenpaket des Bundes, er und das Land müssen helfen und handeln.

Auch Baden-Württemberg muss zu seiner Verpflichtung zu einer auskömmlichen Finanzierung der Kommunen stehen, verweigert sich aber hartnäckig, verzichtet dabei lieber auf zustehende Steuergelder!

Konkrete, sofort umsetzbare und wirksame Forderungen hierbei sind zum Beispiel:

Die Bundesregierung muss das Mehrwertsteuerprivileg für Hoteliers rückgängig machen und dafür sorgen, dass die Kommunen eine volle Kompensation für ihre durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz entstandenen Einnahmeausfälle von 1,6 Milliarden Euro pro Jahr erhalten

Sofortiger Stopp der von schwarz-gelb, also gelb beabsichtigten weiteren Steuersenkungen. Man bedenke: Allein die bereits vollzogenen und angekündigten Veränderungen bei der Einkommenssteuer summieren sich auf Einnahmeausfälle für die Kommunen in Höhe von rund 4 Milliarden Euro jährlich.

Noch ein allgemeiner Satz sei mir gestattet: Viele unserer Aufgaben sind Pflichtausgaben und damit vorgeschrieben und wahrzunehmen, für Kürzungen bietet sich also kaum Spielraum. Aber es sind doch gerade die Freiwilligkeitsleistungen der Gemeinde, die die gemeindliche Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger bestimmen und das Leben in der Gemeinde erst lebenswert machen.

Wir am Ende der politischen Kette löffeln dabei die uns eingebrockte Suppe aus, sind wir es doch, die den Bürgerinnen und Bürgern dann steigende Preise und Gebühren zumuten und die Schläge dafür einstecken müssen.

Schauen wir uns den Haushalt einmal kurz genauer an: Wie eben dargestellt, weist der Verwaltungshaushalt genau diese Tendenz aus: Er wächst zwar mit 21,479 Mio. Euro um 0,61 Mio. Euro, das allerdings bei tendenziell steigenden Ausgaben und sinkenden Einnahmen.

Ursachen hierfür liegen auch in Durmersheim in drastisch sinkenden Gemeindeanteilen an den Gesamtsteuern, wie auch an den kaum zu beeinflussenden Ausgabeposten, insbesondere

Umlagen. Über die einzelnen Ausgabepositionen haben wir ausführlich gesprochen, ein Einsparpotential ergibt sich hier auch bei äußerster Sparsamkeit kaum mehr.

Und dies mit dem insgesamt unbefriedigenden Ergebnis einer „negativen“ Zuführung aus dem Vermögenshaushalt.

Trotz alledem ein Wort zu den Hort- bzw. Kindergartengebühren: Kindergärten/Horte sollten nach unserer Überzeugung eigentlich beitragsfrei sein, aber die Haushaltslage lässt uns keinen Spielraum, ich erinnere das oben Gesagte. Allerdings: Die vom Land angedachte Erhöhung der Krippenbeiträge oder eine auch ins Auge gefasste drastische Steigerung ist unverantwortliche, nicht kinder- und familienfreundlich und für uns auf keinen Fall akzeptabel.

Nun zum Vermögenshaushalt: Die Gesamtsituation ist in Durmersheim und Würmersheim dadurch gerade noch erträglich, das wir – wenngleich noch in bescheidenem Umfang – auf unsere Rücklagen zugreifen können. Wohl dem, der solche hat, wenngleich diese zeitweise natürlich daraus resultieren, dass wir in der Vergangenheit nicht gerade durch übergroße öffentlich Tätigkeiten aufgefallen sind.

Und das eben nicht Sparsamkeit, sondern allenfalls Untätigkeit!

Was die im Haushalt veranschlagten Investitionsvorhaben angeht, auch diese haben wir im Lauf der Haushaltsdebatten besprochen: Unsere Position ist klar: die begonnen Maßnahmen sind im dargestellten Umfang durchzuführen bzw. zu Ende zu bringen. Dies gilt insbesondere für die Maßnahmen an der Hauptstrasse, bei denen wir allerdings immer noch hoffen, dass dort auch für die Radfahrer noch befriedigendere Lösungen gefunden werden können. Wir haben unsere Vorschläge hierzu schriftlich eingereicht.

Für den Bickesheimer Platz sehen wir angesichts der dargestellten finanziellen Situation der Gemeinde in keiner Weise eine Notwendigkeit einer umfänglichen Umgestaltung, wie er einstmals diskutiert wurde. Eine einfache und preisgünstige Sanierung des Platzes zum Erhalt seiner vielfältigen Funktionalitäten solle mehr als ausreichend und auch machbar sein. In Hinblick auf die finanziellen Spielräume und der sich daraus ergebenden notwendigen Prioritätensetzung halten wir auch den beschlossenen Ankauf des Staatswaldes Distrikt I und II für eine neudeutsch mehr im Sinne „nice to have“ als „must have“- Entscheidung. Solange wir überspitzt gesagt an der Kreide in der Schule sparen müssten, sollten wir uns aus finanziellen Gründen, wie aber durchaus auch aus betriebs- wie forstwirtschaftlichen Gründen nach dem Motto „Konkurrenz belebt das Geschäft“ uns solche Luxusanschaffungen nach unserer Meinung nicht antun.

Was unbedingt und rasch angegangen werden muss, sind sicherlich die Bahnüberführungen. Hier gilt, dass die Ostumgehung ihre segensreiche Wirkung erst dann wird entfalten können, wenn wir mindestens zwei Bahnüberführungen realisiert haben werden. Erst dann wird der Verkehr wirklich unserem Ortskern fern bleiben und wir können den umgestalteten Ortskern richtig genießen.

Wir sind nach vor der Meinung, dass – nach der wohl unstrittigen Unterführung Malscher-Straße – der Standort Triftstraße aufgrund vieler, hier schon oft vorgetragener Vorteile der richtige ist. Wir werden uns aber mit aller Kraft dafür einsetzen, dass diese Unterführung „nur“ PKW-tauglich ausgestaltet wird, dem LKW-Verkehr kann der Umweg über Durmersheim-Nord zugemutet werden. Eine solche Lösung kommt nach unserer Auffassung den berechtigten Interessen aller Beteiligten am nächsten.

Eine Bitte haben wir aber an alle Beteiligte: Wir sollten nicht weiter Zeit vergeuden und endlich zu Entscheidungen kommen. Bis die Finanzierung der Maßnahmen zwischen Bahn, Bund, Landkreis und Gemeinde endgültig steht, wird es nämlich noch lange genug dauern. Wir sollten endlich alles beschließen und tun, was zu ausführungsfähigen Planungen führt. Wenn dann unsere Beschlüsse beklagt werden sollten, haben wir entsprechend Zeit dafür! Die Arbeiten zur Umgestaltung des alten Friedhofs in Durmersheim sind angelaufen; hoffentlich können wir in zentraler Lager in Durmersheim Bestattungsformen in allen gewünschten Facetten anbieten, es ist höchste Zeit geworden!

Die Erschließung des südöstlichen Ortsrandes muss sowohl was die Wohnbebauung wie das Versorgungszentrum angeht, vorangetrieben werden; wir sind das den Bürgerinnen und Bürgern im Süden des Ortes schuldig!

Eine wichtige Maßnahme ist auch die alsbaldige Realisierung des „Aldi-Kreisels“ am nördlichen Ortsrand

Gespannt warten wir auf das Ergebnis der Untersuchungen zur Weiterführung der S2 auf der vereinbarten Freihaltetrasse mit einer alternativen Anbindung in der Nähe des Bahnhofsareals. Dort setzen wir darauf, dass es uns in Zusammenarbeit mit dem Investor endlich gelingt, das Bahnhofsareal insgesamt einer vernünftigen Gestaltung zuzuführen. Auch uns schmerzt der Wegfall des Restraz-Gebäudes natürlich, aber die geplante Umgestaltung des Gesamtgeländes – insbesondere des Schandflecks Bahnhofsgebäude – entschädigt hierfür wie auch die Chancen, die das angedachte Ärztehaus im Rahmen der medizinischen Vor-Ort-Versorgung bietet.

Im Haushaltsjahr 2010 wird uns auch beschäftigen müssen die Frage der kommunalen Versorgung, also die Versorgung mit Strom und Gas. Hier stehen Entscheidungen an, die mittel- und langfristig für die Gemeinde von erheblicher Bedeutung sind!

Kommen wir zu den Wermutstropfen: die Rücklagen schmelzen, die Pro-Kopf-Verschuldung steigt allein 2010 von EURO 134,-- auf Euro 214, d.h. um stolze 60 Prozent. Wir weisen seit Jahren darauf hin, dass hierbei die Schulden pro Kopf aus dem Eigenbetrieb Wasserversorgung, dem Gemeindeverwaltungsverband und sonstiger Nebenhaushalte noch nicht enthalten sind.

OK, nach den neusten, gestern veröffentlichten Zahlen liegt die durchschnittliche Pro-Kopf-Verschuldung der Gemeinden in Baden-Württemberg einschließlich der Eigenbetriebe bei immerhin 883,-- Euro.

Da sind die Durmersheimer Zahlen eine nach unserer Auffassung noch vertretbare Größe! Es sorgt uns aber der nach unten weisende starke Trend, dem wir gegensteuern werden müssen!

Wir sind nach mehrfacher und intensivster Diskussion des vorliegenden Haushaltes in unserer Fraktion zum Ergebnis gekommen, dass wir dem Haushalt, den wir in gemeinsamer Diskussion mitgestaltet und miterarbeitet haben, zustimmen!

Und dies, obwohl wir in einigen sehr wichtigen Fragen wie zum Beispiel dem Ankauf des Staatswaldes, zu einer anderen Meinung als die Mehrheit im Rat gelangt sind. Wir tun dies in bewusstem Respekt vor dem demokratischen Meinungsbildungsprozess und angesichts der Tatsache, dass die hier im Rat getroffene Entscheidung von der Gegenseite durchaus begründet war und vertretbar ist.

Verwaltung, Ortschaftsrat und Gemeinderat haben im letzten Jahr und im Rahmen der Haushaltsberatungen vieles abgearbeitet und – wir denken – vieles erreicht; wir glauben, wird

sind insgesamt auf einem ganz guten Weg, aber die Zukunft wird uns weiter und verstärkt fordern und wir können noch einiges verbessern.

Sehr geehrte Damen und Herren, zum Abschluss meiner Ausführungen möchte ich mich bei Ihnen, Herr Bürgermeister Augustin, bei unserem Kümmerer und Kämmerer Franzen und bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung sowie allen Kolleginnen und Kollegen des Gemeinde und Ortschaftsrats für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit und den Einsatz für die Belange unserer Gemeinde im zurückliegenden Jahr ganz herzlich bedanken. Gleiches gilt für wie konstruktive Beratungen und Diskussionen des Haushalts 2010.

Ihnen allen vielen Dank für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit!